

Auswirkungen der aktuellen Sorge- und Umgangsregelung

Mit der Reformierung des Kindschaftsrechts 1998 wurden die Rechte der Väter im Sorge- und Umgangsrecht faktisch gestärkt. Mutter und Vater sollen unabhängig von ihrer persönlichen Lage eine gemeinsame Elternverantwortung übernehmen. Im Falle einer Trennung wird dabei weder in der Gesetzgebung noch in der Rechtspraxis die familiäre Vorgeschichte differenziert beurteilt. Ausgeübte Gewalt wird häufig ausgeblendet.

Besonders gravierend sind deshalb die Konsequenzen für Frauen und Kinder, die aus einer Gewaltsituation flüchten. Durch den zum Teil gerichtlich verordneten Kontakt mit dem Gewalttäter kann es zu lebensbedrohlichen Konfrontationen kommen.

Bei der Ausübung des Umgangsrechts durch den Vater sind bereits Frauen und Kinder verletzt oder ermordet worden. Die Erfahrungen in den Frauenhäusern zeigen, dass gewaltbetroffene Frauen und Kinder sich dadurch in einer ständigen Angst- und Bedrohungssituation befinden. Auch sexuelle Übergriffe durch den Vater führten nur selten zu einem Kontaktverbot.

Frauen, die aufgrund der Gewalt für ihre Kinder eine Aussetzung des Umgangs mit dem Vater beantragen, wird oft fehlende Kooperationsbereitschaft vorgeworfen. Weigern sich Kinder den Vater zu sehen, wird häufig unterstellt, dass sie von der Mutter aufgehetzt wurden. Die Verweigerung der Besuchskontakte kann vom gerichtlichen Sorgerechtsentzug bis hin zu Geldstrafen und Freiheitsentzug für die Mutter führen.

Die Stärkung der Rechte des (biologischen) Vaters scheinen in der momentanen Rechtssprechung ein größeres Gewicht zu haben als der Schutz und die Sicherheit von Müttern und Kindern.

Die geplante Gesetzesreform (FamFG)

Die Gefährdung von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern wird sich erneut verschärfen, falls der *Gesetzesentwurf zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG-Reformgesetz)* 2008 vom Bundesrat angenommen wird.

- Die geplante Reform sieht unter anderem eine Verfahrensbeschleunigung und ein baldiges Hinwirken auf einvernehmliche Lösungen vor und damit den ununterbrochenen Kontakt beider Elternteile während der Trennungsphase (§ 165 FamFG). Dadurch werden der Schutz vor dem Gewalttäter und die Möglichkeit einer psychischen Stabilisierung von Mutter und Kind massiv eingeschränkt.
- Darüber hinaus soll die gemeinsame persönliche Anhörung von Opfer und Täter vorgeschrieben werden (§ 33, 34 FamFG), mit der Folge, dass ein offenes Reden über die erlebte Gewalt erheblich erschwert wird.
- Nach Vorstellung des Reformgesetzes darf die Herausgabe des Kindes mit Mitteln von Zwanghaft und Anwendung von Gewalt sowie mit dem Entzug der elterlichen Sorge erzwungen werden (§ 104 FamFG).

Der Gesetzesentwurf untermauert noch einmal das Dogma, dass der Umgang mit dem biologischen Vater für das Kindeswohl unumgänglich sei. Damit wird die Vielfalt der Formen des familiären Zusammenlebens ignoriert. Es wird auch völlig außer Acht gelassen, dass mit der Trennung vom gewalttätigen Partner und Vater nicht automatisch seine Gewaltausübung beendet ist und das Vertrauen zum Vater häufig völlig zerstört ist.

Umgangsrecht um jeden Preis? - Einige Beispiele

2003 endete in Rheinland-Pfalz eine vom Gericht festgesetzte Umgangsregelung für zwei Bewohnerinnen eines Frauenhauses tödlich. Bei der Übergabe der Kinder erdrosselte der Kindesvater seine Ex-Frau und deren Begleiterin, die zum Schutz mitgegangen war.

Frau A. kommt mit ihren Kindern (Tochter elf Jahre, Söhne vier und fünf Jahre) nach massiver Gewalterfahrung in ein Frauenhaus. Während ihres Aufenthaltes dort droht ihr Mann sie umzubringen, sollte sie nicht zu ihm zurückkehren. Diese Warnung wiederholt er mehrfach vor den Kindern, den ErzieherInnen des Kindergartens, dem psychologischen Gutachter und per Handy gegenüber seiner Frau. Die Tochter verweigert aus Angst den Kontakt zum Vater. Die Jungen sehen ihn 14-tägig am Wochenende. Nach einem Besuchskontakt bedroht der ältere Junge die Mutter mit dem Messer. Das psychologische Gutachten spricht sich für regelmäßige Besuchskontakte aus, um den Kindern das "männliche Vorbild" zu erhalten. Dies sei erforderlich, damit die Kinder von "Wertvorstellungen" und "Wesenszügen" des Vaters "profitieren" und sie "integrieren" können.

Die Kinder von Frau M. (Tochter sieben, Sohn sechs Jahre) haben regelmäßig die Gewalt des Vaters am eigenen Leib und gegen die Mutter erlebt und verlassen die Situation hochgradig traumatisiert. Seit der Trennung verweigern sie den Kontakt zum Vater. Per Gerichtsbeschluss wird ein Umgangkontakt angeordnet. Die Kinder reagieren regelmäßig mit hohem Fieber und völlig verstört darauf. Zum Schutz des Kindeswohls weigert sich die Mutter die Besuchsregelung weiter umzusetzen. Daraufhin wird ihr Kooperationsunfähigkeit vorgeworfen und der Entzug des Sorgerechts sowie Zwangsgeld angedroht. Das Aufenthaltsbestimmungsrecht wird auf das Jugendamt übertragen. Die Mutter wird per Gerichtsbeschluss gezwungen, den Umgang im Namen des Kindeswohls zu ermöglichen.

2005 erschoss in Berlin ein Vater bei der Ausübung des Umgangsrechts seine zweijährige Tochter und sich selbst. Ihm war trotz der Befürchtungen der Mutter, die mit dem Kind in ein Frauenhaus geflüchtete war, ein Umgangsrecht eingeräumt worden.

Insbesondere für Frauen, die mit ihren Kindern in ein Frauenhaus geflohen sind, ist die Ausübung des gemeinsamen Sorge- und Umgangsrechts unmöglich.

Es ist dringend notwendig, ein Signal zu setzen, das gewaltbetroffenen Müttern und Kindern zeigt, dass die von ihnen erfahrene Gewalt vor dem Gesetz als ein Unrecht gesehen wird und Konsequenzen im Sorge- und Umgangsrecht hat.

Die Kampagne „Gewaltig groß werden?“

Die Kampagne „Gewaltig groß werden“ ist eine bundesweite Initiative der Autonomen Frauenhäuser der BRD.

Mit Flyern, Plakaten, öffentlichen Aktionen, Presseberichten, dem Informieren von PolitikerInnen und der Fachöffentlichkeit sowie der Organisation eines Kongresses wollen wir auf die schwerwiegenden Probleme aufmerksam machen, die die aktuelle Sorge- und Umgangsrechtsregelung für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder mit sich bringt.

Ziel der Kampagne ist eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit und eine Veränderung der Gesetzgebung und Rechtspraxis.

Weitere Informationen: ZIF – Zentrale Informationsstelle
Autonomer Frauenhäuser
www.autonome-frauenhaeuser-zif.de

Spendenkonto: Förderverein Frauenhaus Kassel - ZIF
Kasseler Sparkasse BLZ 520 50 353 Kto 1189140

Forderungen:

- Mädchen und Jungen müssen als Betroffene von psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt wahr- und ernstgenommen werden!
- In der Rechtsprechung muss sich widerspiegeln, dass der gewalttätige Vater das Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung verletzt und somit seine Erziehungsfähigkeit verwirkt.
- Um eine weitere Gefährdung des Kindes und der Mutter zu verhindern, muss gewalttätigen Vätern das Umgangsrecht entzogen werden.
- Schutz der Mädchen und Jungen muss vor „Väterrecht“ gelten.
- Kontakte zu Vätern dürfen nicht gegen den erklärten Willen der Mädchen und Jungen stattfinden.
- Gewaltbetroffenen Müttern muss das alleinige Sorgerecht zugesprochen werden, damit sie für sich und ihre Kinder handlungsfähig sind.
- Mädchen und Jungen benötigen mit ihren Müttern wirksamen Schutz und Unterstützung.

Kampagnengruppe „Gewaltig groß werden“
c/o ZIF – Zentrale Informationsstelle Autonomer
Frauenhäuser - www.autonome-frauenhaeuser-zif.de

Februar 2007

Probleme mit dem Sorge- und Umgangsrecht



Gewaltig groß werden?

Kein Sorge- und Umgangsrecht für gewalttätige Männer!